

# Wendepunkte

- Energiepolitik • Mobilität • Umweltpolitik
- Industrie- und Dienstleistungspolitik • Strukturpolitik



Nr. 13 / 10.09.2013

|  |  |  |
|--|--|--|
| <b>Für eine sozial-ökologische Energiewende:</b> DGB positioniert sich zur Energiepolitik..... <a href="#">Seite 1</a> | <b>Nicht warten bis Brücken einstürzen:</b> Das Positionspapier des DGB zur Verkehrsinfrastruktur..... <a href="#">Seite 2</a> | <b>Plattform:</b> Pressemitteilungen und Veranstaltungen der Abteilung IDS ..... <a href="#">Seite 4</a> |
|--|--|--|

## Für eine sozial-ökologische Energiewende – DGB positioniert sich zur Energiepolitik

*Der DGB Bundesvorstand legt mit dem Positionspapier „Energieumstieg: Gut für Klima, Arbeitsplätze und Wohlstand – Wege zu einer sozial-ökologischen Energiewende“ weitreichende Vorschläge zur einer sozialverträglichen Umsetzung der Energiewende vor und stellt damit klare Anforderungen an die Politik der nächsten Bundesregierung.*

Dass die Energiewende zu einem Meisterstück mit möglichst weitreichender Strahlkraft werden soll, ist mittlerweile ein allgemein anerkanntes Ziel geworden. Dass der Weg dorthin jedoch steinig ist und bei allen Akteuren viel Mut, Kraft und Ausdauer erfordert, wird erst allmählich sichtbar. Dies vor allem dort, wo es bei der Umsetzung der Handlungsfelder immer stärker hakt und knirscht. Die ganz offensichtlichen Fehlentwicklungen, etwa im Bereich des Netzausbaus oder der Kostenverteilung, haben in den letzten Monaten dazu geführt, dass die Energiewende in der Öffentlichkeit zunehmend als Problem denn als Chance wahrgenommen wird: Eine fatale Entwicklung, die den Gegnern der Energiewende in die Hände spielt.

Dass die Energiewende nicht zurückgedreht werden darf, machte Dietmar Hexel, DGB-Vorstandsmitglied, Mitte Juli bei der Vorstellung des energiepolitischen Positionspapiers im Rahmen einer Pressekonferenz deutlich. „Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen die Energiewende vorbehaltlos. Sie muss im europäischen Maßstab gesehen und umgesetzt werden.“ Aus Sicht des DGB ist die Energiewende das wohl wichtigste gesellschafts- und industriepolitische Projekt Deutschlands und Europas in den nächsten Jahrzehnten. Mit Blick vor allem auf die Bundespolitik forderte Hexel eine Gesamtarchi-

tektur, die von der neuen Bundesregierung möglichst zügig nach der Wahl erarbeitet werden muss. In dem Positionspapier fordert der DGB, dass die Energiewende zum Treiber und Katalysator der sozialen und ökologischen Modernisierung der Gesellschaft wird. Die Energiewende soll demzufolge dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, das Klima zu schützen und durch Innovationen zukunftsfähige Beschäftigungsfelder zu schaffen. Eine wesentliche Voraussetzung für diesen Innovationsschub ist eine ausreichende Planungs- und Investitionssicherheit für Unternehmen und Beschäftigte, die sich durch den Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert hat.

Aus Sicht des DGB muss die Energiepolitik in den kommenden Jahren zudem fünf Engpässen begegnen, die das Tempo und den Erfolg der Energiewende stark beeinflussen: Speicher, Netze, Investitionen, Fachkräfte und Akzeptanz.

Eine wesentliche Maßnahme, die sich daraus ableitet und demnach in der kommenden Legislaturperiode angeschoben werden muss, ist die Entwicklung eines neuen Strommarktdesigns. Dieses muss eine versorgungssichere Stromversorgung für Haushalte und Industrie auch unter sich ändernden Erzeugungsstrukturen sicherstellen.

Im Mittelpunkt eines neuen Strommarktdesigns stehen die erneuerbaren Energien, deren Stromerzeugung jedoch über Kraftwerke und andere Ausgleichsoptionen abgesichert werden muss. Damit die erneuerbaren Energien zur tragenden Säule der Stromversorgung werden können, sollte das erfolgreiche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auch weiterhin den Ausbau dynamisch, kosteneffizient und planungssicher vorantreiben. Mit dem wachsenden Anteil erneuerbarer Energien muss die Förderung allerdings den steigenden energiewirtschaftlichen Anforderungen gerecht werden. Dazu sollte das EEG künftig mehr bedarfsgerechte Einspeisung und die Übernahme von Systemverantwortung durch die Anlagen der erneuerbaren Energien anreizen.

Für den DGB ist klar, dass die Energiewende nicht nur den Stromsektor umfasst. Von gleicher Priorität sind auch die Einleitung einer Wärme- und Verkehrswende sowie greifbare Erfolge bei der Energieeffizienz. Hier liegen zudem enorme Chancen für neue Arbeitsplätze.

Unterm Strich ist jedoch die Erkenntnis wichtig, dass die Gestaltung der Energiewende nur dann Erfolg haben kann, wenn die wichtigsten gesellschaftlichen Akteure an diesem Prozess aktiv beteiligt werden.

Auch der Ausgestaltung des Transformationsprozesses kommt nicht zuletzt eine herausgehobene Bedeutung zu: denn diese muss sozial gerecht erfolgen, um einen nachhaltigen Erfolg der Energiewende sichern zu können. Dabei dient aus Sicht des DGB das „Sechseck der sozialen Energiewende“ als Anhaltspunkt für die Energiepolitik der kommenden Jahre. Dazu gehören bezahlbare Energiepreise, eine faire Verteilung der Umbaukosten, eine aktive Gestaltung des Strukturwandels, der Ausbau und Erhalt von Arbeitsplätzen, Gute Arbeit in den neu entstandenen Industrien und eine Stärkung der Partizipation der Zivilgesellschaft.

Insbesondere zu diesen Themen werden die Gewerkschaften mit eigenen Vorschlägen und Konzepten Impulse für die Umsetzung der Energiewende setzen.

*Autor: Frederik Moch*

Das Positionspapier „Energieumstieg: Gut für Klima, Arbeitsplätze und Wohlstand – Wege zu einer sozial-ökologischen Energiewende“ finden Sie [hier](#)

## Nicht warten bis Brücken einstürzen

*Der DGB Bundesvorstand fordert in seinem neuen Positionspapier eine Investitionsoffensive für Verkehrsinfrastruktur und einen neuen gesellschaftlichen Stellenwert von Infrastruktur. Deshalb unterstützt der DGB auch die Infrastrukturinitiative „Damit Deutschland vorne bleibt“.*

Immer wieder werden Transportunternehmen, Reisende, Pendler davon überrascht, dass Brücken oder Straßen wegen Sicherheitsrisiken gesperrt werden. Anlass zur Sorge gibt der Zustand fast aller der 38 800 Autobahnbrücken. Bei über 300 Brücken ist sogar eine umgehende Instandsetzung bzw. Erneuerung erforderlich. Aktuell kämpfen Betroffene in Schleswig-Holstein mit den Folgen der Sperrung der Rader Hochbrücke. Die Kosten für Umwege, Staus und längere Fahrzeiten tragen die Unternehmen oder Privatpersonen. Niemand entschädigt sie für die Nachteile, obwohl die Bereitstellung und Pflege von Verkehrsinfrastruktur Teil der staatlichen Daseinsvorsorge ist.

Seit Jahrzehnten ist die Infrastruktur erheblich unterfinanziert. Gerade Investitionen in den Erhalt von Straßen, Schienen und Wasserwegen sind aufgeschoben oder gar nicht erfolgt. Dies hat zu einem massiven Substanzverzehr bei den Verkehrswegen des Bundes, der Länder sowie kommunaler Straßen und Bauwerke geführt. Die Folgen werden am Beispiel von Bundesautobahnen deutlich: Jeder gesparte Euro im Erhalt vernichtet zwei Euro an Vermögenswert. Lange aufgebautes gesamtgesellschaftliches Vermögen verliert an Wert und steht künftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung.

Nach einer aktuellen Aufstellung des Weltwirtschaftsforums hatte Deutschland noch im Jahr 2008 die drittbeste Verkehrsinfrastruktur der Welt. Im Jahr 2013 reichte es nur noch für Platz neun.

Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern von der nächsten Bundesregierung eine Investitionsoffensive zur Sicherung und zum angemessenen Aus- und Neubau der Verkehrswege. Diese und weitere Forderungen sind in dem vom DGB Bundesvorstand im Juli beschlossenen Positionspapier „Moderne Verkehrswege – eine Grundlage für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ enthalten.

Leistungsfähige Verkehrswege bieten einen Standortvorteil für Industrie, Handwerk und Dienstleistungen. Verkehrsinfrastruktur ist aber auch Voraussetzung für Beschäftigung und Lebensqualität. Die Vernachlässigung der Verkehrswege auf allen Ebenen weist darauf hin, dass der Infrastrukturpolitik in Politik und Gesellschaft ein untergeordneter Stellenwert zugeschrieben wird. Dieser Eindruck wird bestätigt durch eine Befragung des Meinungsforschungsinstituts Allensbach, in der Bürgerinnen und Bürger „Verkehrsinfrastruktur“ auf Position 17 der wichtigsten Politikfelder einordneten. Um Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten, muss Infrastrukturpolitik einen neuen Stellenwert erhalten. Ihre Bedeutung muss als Rahmen gestaltender Faktor für die praktische Wirtschafts-, Industrie- und Raumordnungspolitik wahrgenommen werden.

Mit dem Ziel, eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Bedeutung von Infrastruktur in unserer Gesellschaft voranzutreiben, ist der DGB einem breiten Bündnis beigetreten. Gemeinsam mit den Partnern des Bündnisses soll in Zukunft mehr Aufmerksamkeit für die Infrastrukturfrage und Druck auf die politische Ebene erreicht werden. Die Initiative „Damit Deutschland vorne bleibt“ hat sich zum Ziel gesetzt, ein neues Bewusstsein für den Stellenwert von Infrastruktur bei den Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen. Hierzu setzt sie einen gesamtgesellschaftlichen Dialog in Gang.

Die Initiative ist vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) angestoßen worden. Partner der Allianz sind neben dem DGB aktuell: der Hauptverband der Bauindust-

rie, der Verband kommunaler Unternehmen mit seinen Energieversorgern, die Deutsche Bahn sowie 45 Verkehrsunternehmen des VDV, die Gewerkschaft ver.di, die DEVK Versicherung und die Automobilclubs ACE und AvD, zahlreiche Einzelunternehmen sowie seit Anfang Juli mit vollinhaltlicher Unterstützung der BDI. Darüber hinaus erfährt die Initiative die Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände.

Die Initiative verfolgt die gleichen Interessen, wie sie der DGB in dem im Juli vom Bundesvorstand beschlossenen Positionspapier „Moderne Verkehrswege – eine Grundlage für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Lebensqualität, adäquate Mobilität sowie Umwelt- und Klimaschutz“ formuliert hat. Besonders die Forderung, dass Verkehrsinfrastrukturpolitik nach einem neuen Stellenwert verlangt, entspricht dem Ziel der Initiative, Infrastruktur mehr in den Fokus der Öffentlichkeit zu bringen. Die Initiative ist aus gutem Grund langfristig, zunächst bis 2019, angelegt, denn 2019 steht die Neuaufteilung der Mittel zwischen Ländern und Bund an.

Zu den Koalitionsverhandlungen der nächsten Bundesregierung wird der DGB mit dezentralen Aktionen die gewerkschaftlichen Forderungen für eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur dem nächsten Deutschen Bundestag mit auf dem Weg geben. Schon jetzt hat der Deutsche Gewerkschaftsbund Nord (DGB Nord) den norddeutschen Arbeitgeberverbänden und Landesregierungen eine Verkehrsallianz angeboten, um gemeinsam für eine beschleunigte Ertüchtigung der Bundesverkehrswege im Norden zu sorgen.

Es sollte jetzt keine weitere Zeit verplempert werden, um den Ernst der Lage deutlich zu machen, klare Prioritäten zu setzen und praktikable Lösungswege zu entwickeln.

*Autorin: Marion Jungbluth*

Das DGB-Positionspapier „Moderne Verkehrswege – eine Grundlage für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Lebensqualität, adäquate Mobilität sowie Umwelt- und Klimaschutz“ finden Sie [hier](#)

[Link](#) zur Infrastrukturinitiative „Damit Deutschland vorne bleibt“

## Plattform

***DGB-Pressemitteilung „Strompreis: Erneuerbare Energien nicht zum Sündenbock machen“ vom***

**13.08.2013:** Die erneuerbaren Energien dürfen nicht zum Sündenbock für steigende Strompreise gemacht werden, fordert DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Die Wirkungszu-

sammenhänge bei der Strompreisbildung sind komplex, die EEG-Umlage sei nur eine rechnerische Größe und taue nicht als Preisschild für die Energiewende. [Weiterlesen...](#)

---

DGB-Bundesvorstand, Abteilung Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik  
Verantwortlich: Dietmar Hexel, Henriette-Herz-Platz 2 10178 Berlin